

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dreßdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. S. v. Hoffetten und J. S. v. Schweizer.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Öherr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpolige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

* Zum Criminal-Proceß gegen den „Social-Demokrat“, resp. gegen den verantwortlichen Redacteur desselben, J. S. v. Schweizer, haben wir unsern Lesern mitzutheilen, daß der Gerichtshof, dem Strafantrage des Staatsanwalts gemäß, auf ein Jahr erkannt und einem weiteren Antrage des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung Folge gegeben hat. Da hierdurch verschiedene Anordnungen nöthig werden, welche in eine geordnete Redaction des Blattes störend eingreifen, könnten wir in nächster Woche ein Paar Tage an der Ausgabe des Blattes verhindert sein, und bitten wir desfalls unsere Leser um geneigte Entschuldigung.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 24. November. [Zur „vormächtlichen Allianz“] spricht man in politischen Kreisen von neuesten Vermittlungsversuchen, welche das hannoversche Cabinet gemacht haben soll, um die beiden deutschen Großmächte bezüglich der Herzogthümerfrage zu einigen. Man will dies aus einem Besuche des Freih. v. Gablenz in der hannoverschen Hauptstadt und aus der Zuverlässigkeit schließen, mit welcher er dort aufgenommen wurde. So viel steht fest, daß der natürliche Dualismus immer mehr zu Tage tritt.

— [Die „Nordd. Allg. Ztg.“] wendet sich gegen die in Betreff der Herzogthümerfrage in letzter Zeit in den Zeitungen aufgetauchten Gerüchte von Conflicten, welche durch eine Lösung dieser Frage im preussischen Sinne unvermeidlich würden. Der fragliche Artikel beginnt: „Manche Blätter können sich an den Gedanken nicht gewöhnen, daß die Frage über die Zukunft der Erbherzogthümer ohne europäische Verwickelungen gelöst werden könne.“ — Werkwürdiger Weise aber müßte unter den in dieser Hinsicht getadelten Blättern die „Kreuzzeitung“ obenan stehen, die bekanntlich an die Annexion Schlesiens erinnert und von „Annexionsfanquinifern“ gesprochen hat.

— [In Polen] bereitet sich wieder eine neuer vielbekannteren Untersuchungen Litwa U. (unbekannt) vor. Vor längerer Zeit nämlich brachte die dortige „Drd. Ztg.“ zwei geheime Circular-Rescripte der polnischen Regierung, betr. das Vereiniwesen der Provinz. Vor ungefähr 8 Wochen richtete nun die Königl. Regierung an den Redacteur der „Drd. Ztg.“ Dr. Waldstein die Anforderung, ihr den Einsender des betreffenden Rescripts namhaft zu machen. Da derselbe sich jedoch nicht ver-

anlaßt sah, dem Wunsche der Königl. Regierung zu entsprechen, so hat sich dieselbe an die Königl. Staatsanwaltschaft mit der Denunciation gewandt, daß hier aller Wahrscheinlichkeit nach eine Verletzung des Amtsgeheimnisses vorliege, und um die zugehörige Vernehmung des Dr. Waldstein gebeten. Die Königl. Staatsanwaltschaft hat dem Ansuchen entsprochen.

* Wien, 21. Nov. [Regierungsacte. Zur Lage.] Die einzelnen Ministerien haben, dem Vernehmen nach, den Landesbehörden ihren ausdrücklichen Wunsch zu erkennen gegeben, daß die Beamten sich bei den Landtagswahlen nicht vordrängen möchten. — Die erste Vorlage, welche den Landtagen zugeht, wird die Einholung ihrer Wohlmeinung über die künftige Eintheilung der einzelnen Kronländer sein, damit die Möglichkeit gegeben erscheine, noch in der ersten Hälfte des nächsten Jahres mit den betreffenden Personal-Belegungen vorzugehen. Durch einen besondern Erlaß an die Statthalterei ist übrigens gleichzeitig vorgesezt worden, daß den Landeszeitungen, mit Beseitigung des alten Schlandrians, wenigstens ein Auszug der Landtagsverhandlungen mit aller Beschleunigung und, wenn irgend möglich, noch am Tag der Sitzung zugefertigt werde. — Außerst bezeichnend für die Auffassung der inneren Zustände Oesterreichs in Oesterreich selbst ist Folgendes: Vor dem Landesgericht in Straßachen wurde gestern über einen Creditar verhandelt. Das Gericht erkannte wegen schuldbarer Credita auf eine Haft von zwei Monaten, und die Entscheidungsgründe machten als „erschwerend“ den Umstand geltend, daß der Verurtheilte, trotz der Unsicherheit der dortigen Rechtszustände, nach Ungarn Credit gegeben! — In Betreff der croatischen Angelegenheiten, mit welchen auch die ungarischen so gut wie entschieden werden, liegt heute eine Kundgebung der Deutschen Partei vor, die ihrer seltenen Entschiedenheit wegen Beachtung verdient. Baron Cötövs erklärt im Festi Hétilap: „daß Ungarn auf dem Standpunkte des 1861r Reichstages, nach welchem Croatien als ein integrierender Bestandtheil der Länder der Stephanskronen erklärt worden, bestehen müsse und bestehen werde; Croatien selbst werde hessentlich an diesen Verhältnissen nichts ändern wollen; sollte es wider Erwarten durch seinen Landtag einen anderen Beschluß fassen, so sei das insofern zu bedauern, als die Position Ungarns dadurch schwieriger werde; sein Standpunkt bleibe aber immer derselbe: Ungarn könne und werde Croatien nicht aufgeben! Der Ausgleich würde dann allerdings unmöglich gemacht, ein Fall, der ebenso Ungarn als Oesterreich zum Schaden gereiche.“ Sonach bildet die Einverleibung Croatiens in Ungarn, oder vielmehr die Wiederzusammenfassung sämtlicher Länder der Stephanskronen, eine unbedingte Forderung der Ungarn, ohne deren Gewährung sie den Versuch eines Ausgleichs gar nicht beginnen werden. Diejenigen, welche die Hartnäckigkeit und Consequenz der ungarischen Nation kennen, wußten das voraus.

Es ist aber klar, daß eben deshalb der Ausgleich auf sehr schwachen Füßen steht, oder daß von ihm eigentlich nicht mehr die Rede ist; es handelt sich um pure Annahme sämtlicher Forderungen Ungarns, um nicht mehr und nicht minder! — Mit der Reorganisation der Verwaltung in ungarischem Sinne fährt man im stillen fort. Mit Ende dieses Jahres werden die einzelnen Abtheilungen der Landes-Finanz-Direktion, welche direkt unter dem österreichischen Ministerium standen, aufgelöst, und in eine Central-Direktion in Ofen vereinigt, die dann unter die ungarische Hofkanzlei gestellt werden soll. Aber auch damit sind die ungarischen Blätter nicht zufrieden; sie verlangen die Wiederherstellung der ungarischen Postkammer, d. h. die Errichtung eines eigenen ungarischen Finanzministeriums. — Auch die Wiederherstellung der ungarischen Leibgarde wird neuerdings wieder als wahrscheinlich bezeichnet, und nach den ungarischen Nachrichten soll Graf Crenneville, der General-Adjutant des Kaisers, der zugleich ungarischer Magnat ist, zum Capitän derselben angetrieben sein.

— [Ueber Dr. Schwarz:] schreibt man aus Pesth, 19. Nov., der „Ztg. für Norddeutschland“: Gegen den Adel und sein Gebahren erhebt sich zum ersten Male im ganzen Laufe seiner Geschichte eine bürgerliche Opposition in der Person eines bürgerlichen Gutbesizers des Dr. Schwarz oder Schwarz, wie ihn die Ungarn schreiben. Dieser ist in der Theresienstadt von Pesth als Landtagscandidat aufgetreten; und während er sich in seinen Wahlreden einerseits auf den Standpunkt der entschiedensten Magyaren stellt und der völligen Unabhängigkeit Ungarns von Oesterreich das Wort redet, fordert er von der andern Seite die Abschaffung der aristokratischen Institutionen, die freie Bewegung für Handel und Industrie, die Theilung der Arbeit, die Stilligmachung des Capitals, die Judenemanzipation, kurz den volkswirtschaftlichen Fortschritt aus den feudalen Banden. Die aristokratische Presse weiß sich dagegen nicht anders zu helfen, als daß sie seine Reden entstellt und fälscht, um ihn als einen Socialisten und Communisten verschreien zu können. Im Volke aber und selbst unter der aristokratischen Jugend wächst sein Anhang täglich. An einem Bankett, das ihm gegeben wurde, nahmen 600 Personen Theil, und die Teilnehmer eines Fackelzuges, der ihm gebracht wurde, rechnete man auf 8000 Personen; nach einer glänzenden Rede, die er vor etwa 4000 Personen im Thalia-Theater gehalten, wurden dem Omnibus, den Schwarz bestiegen, die Pferde ausgepannt und er im Triumph von dem Volke nach Hause gezogen. Spottend nennen die Gegner ihn und seine Anhänger „Jung-Ungarn“; aber der erste Schritt ist gethan, um das alte Ungarn zu Grabe zu tragen, wenn es der übermächtigen Aristokratie noch gelingen sollte, die Wahl von Schwarz zu hintertreiben.

* Wiesbaden, 23. Nov. [Oberlahnstein und Waterloo.] Der Herr Hauptmann Bogler, Commandeur des Feldzuges nach Oberlahnstein, hat den Abgeordneten Dr. Siebert gefordert, weil dieser in der Kammer geäußert hatte, die Revolution von Waterloo hätten dem nassauischen Militair mehr Ruhm gebracht, als der Feldzug nach Ober-

labuſtein. Nunmehr ſchreibt man der „Adm. Ztg.“ in dieſer Sache von hier, 23. Nov.:

In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung kam die Herausforderung des Hauptmanns Vogler gegen den Abg. Dr. Siebert zur Sprache. Zuerst ging eine Adresse von Herborn ein, die sich in starken Ausdrücken gegen den Herausforderer aussprach. Dies gab Hrn. Siebert Veranlassung, den Herabgang zu erzählen; wie ihm ein Lieutenant die Pflichten überbracht habe, zunächst im Namen des Hauptmanns Vogler, jedoch mit dem Bemerkten, daß sich alle Offiziere (es sind deren im Ganzen vier), welche die Ehre hatten, an der Expedition nach Oberlahnstein Theil zu nehmen,“ beleidigt fühlten durch die Aeußerung Siebert's, welcher die Lorbern von Waterloo höher gestellt hätte, als die von Oberlahnstein; wie der Herausforderer eine von Abends 9 bis Morgens 10 Uhr laufende Frist gesetzt, nach deren Ablauf Ablehnung der Forderung präsumirt werde; wie er, Siebert, diese Frist nicht respectirt und seitdem nichts mehr vernommen habe. Hr. v. Ed., Mitglied der ersten Kammer, erklärte darauf: Dies sei binnen Kurzem der zweite Angriff auf die Redefreiheit der Abgeordneten. Zuerst habe die Regierung den Abg. Schred vor Gericht gestellt, weil er die strafbaren Wahlumtriebe der Forstbedürden gerügt. Kaum habe sie diese Anklage zurückgezogen, so erlaube sich ein Privatmann, der eine Offiziersstelle bekleide, einen Abgeordneten wegen einer völlig unerschwinglichen Aeußerung zum Zweikampfe zu fordern. Dieses Attentat sei nicht weniger unſittlich, als jenes. Wenn jeder Privatmann, welcher sich durch eine Aeußerung im Landtage für verletzt halte oder auch nur sich dafür ausbebe, das Recht habe, die Abgeordneten auf Pfählen zu fordern, so würde die Volksovertretung ihre Pflicht nicht mehr erfüllen können. Allerdings sei der Abgeordnete verantwortlich, aber nicht der Regierung und nicht dem einzelnen Privatmann, sondern der Ständeversammlung und dem Volke. Die Versammlung werde Ungebürlichkeiten nicht dulden. Thue sie es dennoch, so werde das Volk bei der Neuwahl über sie richten. Einem Subaltern-Offizier stehe ein solches Unrecht nicht zu, namentlich dann nicht, wenn, wie hier, der bei der Aeußerung anwesende amtliche Vertreter der Armee zu derselben geschwiegen und sie nicht beanstandet habe. Herr Fabrikant Hubert Heße von Heddenheim fordert die Mitglieder, welche von dieser Auffassung des Herrn v. Ed. abweichen, auf, dies zu ändern, und da kein Widerspruch erfolgt (namentlich auch nicht von der heute außergewöhnlich stark besetzten Rechten), so constatirt er mit Vergnügen, daß, wo es sich um Wahrung der Freiheiten und Privilegien des Hauses handelt, es hier keine Parteien, sondern nur volle Uebereinstimmung gäbe. Auf Grund dessen beantragt er, den Gegenstand zu verlassen und zur Tagesordnung überzugeben. Dies geschah, nachdem zuvor noch der Regierungs-Präsident Winter erklärt hatte, er für keine Person bedauere den Vorfall, worauf der Abg. Dr. Lang erwiderte, dieses Bedauern sei wohl rein persönlich, denn die Regierung als solche scheine das Verfahren Vogler's zu billigen (denn die der Regierung nahe stehenden Blätter, Rössische Landeszeitung, Frankfurter Postzeitung u. s. w., loben Vogler

und tadeln Siebert, — ein Zwiespalt, der wohl nähere Beleuchtung verdiene, — „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!“)

Ausland.

* Paris, 22. Nov. [Tagesbericht.] Der Abend-Moniteur beginnt seine heutige Wochen-Rundschau mit der Armee-Reduction, um nochmals zu constatiren, mit welchem Besalle diese Maßregel von der ausländischen Presse aufgenommen worden. „Dieser Besall“, so sagt das halbamtliche Blatt, das, wie es scheint, nur die nicht factirten ausländischen Blätter liest, wird als ein Beweis der friedlichen Gesinnungen Sr. Majestät und zugleich seines Vertrauens in die moralische Kraft seiner Regierung sowohl im In- als im Auslande angesehen. Die öffentliche Meinung, namentlich in England, beglückwünscht den Kaiser, ein neues System eingeweiht zu haben, das, wenn es von allen Mächten befolgt werde, für ganz Europa fruchtbringend werden müsse.“ — Es ist in der That der Gipfel des Pöberlichen, diese 10,000 Mann-Geschichte für eine ernstliche Armee-Reduction ausgeben zu wollen. — Die spanisch-chilenische Angelegenheit scheint in ein immer düstereres Stadium zu treten. Das Cabinet von St. James hat hier seine Absicht kundgegeben, selbst bis zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen mit Spanien zu gehen, falls dies die bereits angezeigte, jedenfalls nicht effective Blockade der chilenischen Häfen nicht zurücknähme. Man hat gesprochenweise darauf hingewiesen, daß es ein ähnliches Vergehen von Seiten Englands gewesen, welches dem Sturze der neapolitanischen Bourbons vorangegangen sei. Man hofft, daß Frankreich sich diesen Schritten anschließen und sich nicht erst die Rolle eines Schiedsrichters anzuwähnen lassen werde, da inzwischen der Handel beider Seemächte zu großen Verlusten erlitten werde. Die Situation scheint sehr ernst und die Thatsache, daß das Gerücht Glauben gefunden, Bermudez de Castro habe sich in aller Eile direct nach Compiegne zum Kaiser begeben, um diesem eben jene Schiedsrichter-Rolle anzutragen, spricht genugsam. Dabei sind an der Börse, hier wie in London, die spanischen Fonds in beständiger Baiße, Handel und Verkehr stocken auf der pyrenäischen Halbinsel, eine gewaltige Geldkrise hat massenhafte Falliments bedeutender Häuser zur Folge gehabt, während die Aufregung im Inneren des Landes beständig wächst, in einer Weise selbst, die für das Regiment der Königin Isabella sehr bedenklich zu werden anfängt. — Wie man hier wissen will, würden Hannover, die

beiden Hessen und die übrigen Kleinstaaten Deutschlands auch ihrerseits, nach dem Vorgange Sachsens, Bayerns und Württembergs, Italien anerkennen. — Die France bringt aus Madagascar genauere Auskunft über das Verhalten der Regierung den französischen Forderungen gegenüber. Es handelte sich bekanntlich um die Auszahlung einer von Frankreich reclamirten Entschädigungssumme für die Nichtausführung des Lambert'schen Vertrages. Der Correspondent der France ist der Ueberzeugung, daß die Regierung von Madagascar gar nicht den Willen hat, zu zahlen, sondern nur die Sache mehr und mehr in die Länge zu ziehen, und daß man im nächsten Jahre wieder andere Ausflüchte finden wird, dieselbe zu verschleppen. Eine endliche Regulirung der Sache sei nur erst dann zu erwarten, wenn der Repräsentant Frankreichs mit ausgedehnteren Vollmachten und Mitteln zur Geltendmachung seiner Forderung versehen zu werden, zumal da der Repräsentant Englands stets gegen ihn intriguire und die Regierung von Madagascar in dem Glauben zu bestärken suche, daß, Dank dem Schutze Englands, von Frankreich nicht das Geringste zu befürchten sei. — Der Moniteur bringt den von Lavalette, Rouber, Melun und Domerque an den Kaiser erstatteten Bericht über die Operationen der Gesellschaften zu gegenseitiger Unterstützung während des Jahres 1864. — Der marseiller Gemeinderath hat folgenden Besall gefaßt: „In Erwägung, daß in Marseille die Prostitution fortbauert und sich mit so vieler Straf- und Buzellosigkeit breit macht; in Erwägung, daß es unrichtig ist, daß die täglich mehr an Zahl zunehmenden gesellschaftlichen Zirkel ihrer Mehrzahl nach nur verheddte Spielhäuser sind, die der polizeilichen Ueberwachung entgehen; in Erwägung, daß zahlreiche Diebstähle und Verbrechen bezangen wurden, deren Urheber unbekannt geblieben sind; daß eine solche Lage der Dinge ohne schweren Nachtheil für die öffentliche Moral und Sicherheit nicht geduldet werden können; daß es ferner offenbar geworden ist, daß die Polizei unzulänglich und übel eingerichtet ist, drückt der Gemeinderath den Wunsch aus, daß die zustehenden Behörden wirksame und dauerhafte Maßregeln ergreifen möchten, um diesen Mißbräuchen und Unordnungen zu steuern.“ — La Belle Charlotte, auch Mad. Court, auch Mad. Heloise, auch Gräfin Verthier genannt, vernahm heute auf der Bank der VI. Kammer des Justizpolizeigerichtes ihr Urtheil. Der Gerichtshof erkannte sie schuldig. Mißbrauch mit den Leidenschaften und Schwächen eines Minderjährigen, des

Feuilleton.

Bilder aus dem Arbeiterleben.

Von Gustav A.

III. Kampf zwischen Arbeit und Kapital.

1. Der Mann.

(Fortsetzung.)

Während er sich einige Augenblicke besann, wurde er von einem weißbüßigen Bekannten angedredet. Dieser war ein lädlicher Mensch, der seine Zeit und seinen lungen Verdienst meist in Wirthshäusern vergeudete.

„Ei, Köstler, was machen Sie hier? feng er.“

Dieser erzählte ihm die Ursache seines Ganges.

„Aha, sagte Jener, und jetzt haben Sie Angst da hineinzugehen? Wissen Sie was? Kommen wir einige Pfeifen — und hier machte der Trunkenbold die Geberde des Trinkens — das macht Muth. Sie werden dadurch ein ganz anderer Kerl. Kommen Sie, lange dauert es nicht!“

Der Meister dachte einige Augenblicke nach; dann ging er mit dem Besucher, um sich — Muth zu trinken. Tausende, nein, Hunderttausende schlagen den nämlichen Weg ein und was erreichen sie? Nur Gleichgültigkeit gegen Verachtung, und Hohn ihrer Unterdrückten und ein schreckliches Ende! —

Der Wirth Köstlers, der Rentier Klaubner, war nach Rabeners bekannter Tabelle ein sehr kluger Kopf, denn er besaß ein Vermögen von ca. 50,000 Thalern.

Glückliche Speculationen, Actien, Wucher, kurz alle möglichen Mittel, nur nicht rechtliche Arbeit hatten ihn zum Herrn dieses Capitals gemacht.

Freilich hatte es eine geraume Zeit gedauert, ebe

Klaubner sein Ziel erreichte und seine Bahn war durchaus nicht ohne Dornen gewesen.

Es gab gewisse Leute — Schurken nannte sie Herr Klaubner und denselben schmeicheltamen Namen legten ihm jene bei — die durchaus nicht so freundlich waren, sich ohne Widerrede von jenem wackeren Herrn anscheinend zu lassen, ja, sollte man es für möglich halten, die sogar die Frechheit hatten, den Redlichen auf die Anklagebank wegen Wuchers zu bringen; aber Herr Klaubner, in solchen Angelegenheiten ein Pfifficus sonder Gleichen, verstand sich sehr gut auf die Gesetze, und, wohl dem, der so wandelt, wie diese es vorschreiben; kein Teufel und keine Polizei wird ihm das Geringste anhaben, — selbst wenn er keine Nebenmenschen bei helllichtem Tage bis auf's Hemd ausplündert.

Aber die Erinnerung an solche Unannehmlichkeiten wurzelte doch in dem Herzen des braven Klaubner weit tiefer, als es sich eigentlich für einen Unschuldigen — und nach den Gesetzen war Klaubner ein solcher — schidte, und wer konnte es ihm unter solchen Umständen verdenken, als sich nach und nach ein finstrier Haß gegen alle Hülfessuchenden in ihm entwickelte. Daß er gerade durch diese den größten Theil seines Vermögens zusammengeharrt, daran dachte er nie.

Nach einem allgemeinen Auffehen erregenden Wucherproceß, den Herr Klaubner nur mit großer Mühe und bedeutenden Geldopfern gewonnen, stellte er seine Geschäfte größtentheils ein und beschloß, nur von den Zinsen seines Vermögens zu leben. Einen Theil desselben legte er in Actien, den andern Theil in Hauskäufen an und der Ertrag, den er dadurch gewann, — nach Schutze und Fancher sein Entbedrungslobn, — sicherte ihm nicht bloß eine sorgenfreie, nein, sogar glänzende Existenz.

Um ihn in jeder Beziehung kennen zu lernen, wollen wir ihn in seiner Hünlichkeit auffuchen.

Von seinem Reichthum zengte natürlich auch die glänzende Ausstattung seiner Gemächer, in denen er residirte. Wir finden ihn nachlässig auf dem Sopha ausgestreckt, die Volkszeitung lesend.

Er sollte jedoch in seiner Lectüre bald unterbrochen werden, denn der eintretende Diener meldete den Schneider Köstler.

„Was will der Kerl schon wieder? rief der Rentier. Wenn er bezahlen will, mag er kommen. Wenn nicht, soll er sich packen. Laß ihn dann unter keinen Umständen ein!“

Der Diener entfernte sich und fünf Minuten später trat Köstler ein.

Klaubner glaubte jetzt, bestimmt auf Zahlung rechnen zu dürfen und sagte deshalb in etwas gemäßigtem Tone: Sie können das Geld da auf den Tisch hinstellen, ein andres Mal aber bitte ich dringend, pünktlicher zu sein.

„Ach, Herr Rentier — —“

„Was, Sie haben kein Geld? Der Rentier klingelte bestig.“

„Johann, rief er, als dieser eintrat, wer biest Dich diesen Mann einlassen?“

„Gnädiger Herr, aber Sie sagten ja, wenn er Geld — Aber er hat keins! Du hättest es Dir zeigen lassen sollen! — und Sie, wandte sich der Hornige zum Meister, scheeren Sie sich sofort zur Treppe hinunter, oder ich bediene mich des Hausrechts!“ — „Aer, was sehe ich, Sie sind betrunken.“

Der Meister hatte einige Worte zu lassen versucht, aber dies mißlang ebenso sehr, wie seine Bemühung, vor dem Rentier eine feste, männliche Stellung einzunehmen, denn der Ungläubliche war allerdings betrunken, sein Vorfürer hatte richtig vorhergesagt, daß ein anderer Kerl aus ihm werden würde.

So — fuhr der Rentier böhnisch fort — nachdem Sie Ihren Verdienst in den Schenken vergeudet, wollen